



# Linkes Bündnis

Sozial. Ökologisch. Radikal.



Diskussion in der Zürcher Kanzleiturhalle. Von links nach rechts: Hanspeter Uster, Regula Rytz, Ursi Urech, Corinne Schärer, Stella Jegher. Nicht auf dem Bild: Corinne Panchaud, Michel Ducommun und Jean Spielmann.

## Gemeinsam den politischen Raum nutzen?

### Linke Opposition auf der Suche nach Gemeinsamkeiten

**Im Vorfeld der Nationalratswahlen trafen sich am 11. Oktober in der Zürcher Kanzleiturhalle auf Einladung des Linken Bündnisses VertreterInnen verschiedener Links-Alternativer Gruppierungen. Wir veröffentlichten zwei Beiträge der Diskussion, die über die Wahlen hinauszeigen soll, und dokumentieren die Suche nach linken Gemeinsamkeiten.**

Roland Brunner

Die Diskussion im Vorfeld der Nationalratswahlen brachte ein breites Spektrum der alternativen Linken zusammen. *Hanspeter Uster* von der Sozialistisch-Grünen Alternative SGA in Zug, *Regula Rytz* vom Grünen Bündnis Bern, *Jean Spielmann* von der PdA Genf, *Corinne Panchaud* von Basels starker Alternative BastA, *Michel Ducommun* von SolidaritéS Genf, *Stella Jegher* von Frauen macht Politik Frap! und *Ursi*

*Urech* vom Zürcher Linken Bündnis spiegeln die verschiedenen Realitäten der Linken links der SP.

#### Weg von der SP

Gemeinsam war allen teilnehmenden Alternativen, dass sie links von SP und Grünen weiterhin politischen Platz und Politikbedarf sehen. Die Linke solle sich nicht – wie von Iwan Rickenbacher im Gespräch im letzten MOMA behauptet (MOMA 9-95, S. 19ff) – wieder um die SP gruppieren. Diskussion und Differenzierung sei notwendig, um auf die kommenden Auseinandersetzungen vorbereitet zu sein, so Ursi Urech, VHHL-Sekretärin und Nationalrats-Spitzenkandidatin des Zürcher Linken Bündnisses. Auch Regula Rytz, Grossrätin und Nationalratskandidatin des Grünen Bündnisses Bern, sah die Vielfalt als Stärke, da damit pluralistische Vorstellungen und der Streit um die

besseren Konzepte und Vorschläge lebendig bleibe. Hanspeter Uster, Justiz- und Polizeidirektor im Kanton Zug, sieht sogar eine Absetzbewegung der Alternativen weg von der SP: *„Zum ersten Mal haben die Gewerkschaften und die SP in einer sozialpolitisch eminent wichtigen Frage, bei der 10. AHV-Revision, eine grundlegend andere Position vertreten.“* Die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht – auf Initiative der Zürcher SP-Regierungsvertreter *Robert Neukomm* (Polizeivorstand) und *Josef Estermann* (Stadtpräsident) eingeführt und von der SP nicht mittels Referendum bekämpft – und die Konzepte alternativer internationaler Solidarität, während sich Otto Stich beispielsweise vehement für den IWF-Beitritt eingesetzt hat, sind laut Uster klare Konfliktpunkte. *„Doch ist es der Linken links der SP bisher nicht gelungen, dieses Vakuum aufzufüllen. Auch die Zusammenarbeit mit den Gewerk-*

## Linke Erneuerung statt Clangesellschaften

**Corinne Panchaud, Basels starke Alternative BastA**

In Basel verfügen 2 Prozent der Bevölkerung über gleichviel steuerbares Einkommen wie die übrigen 98 Prozent. Seit Beginn der 90er Jahre stehen wir in einer sehr intensiven Debatte über den Chemiestandort Basel, begleitet von rigo-

In dieser Situation ist eine linke Opposition, die nicht ins Konkordanzsystem eingebunden ist, dringend gefordert. Es scheint mir, dass wir im Moment oft VerliererInnen sind, weil sich die Linke als ganze Gruppe über das Ausmass des

auch Ausdruck der Unzufriedenheit mit der männlich geprägten linken Politik. Die linke Politik gleicht heute dadurch ein bisschen einem Selbstbedienungsladen, jedeR kann sich in einer besonderen Gruppe für ein spezifisches Interesse engagieren. So hat sich die Ökologie-Politik fast vollständig von der sozialen Frage gelöst. Der Kampf für Gleichberechtigung und *nicht* Gleichstellung, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, eine kindergerechte Gesellschaft, Verhütung usw. – all dies ist fast ganz den Frauen überlassen worden. Wenn man/frau sich für ein "ganzheitliches" Programm einsetzen will, bleibt heute je nach Region wirklich nur die SP als Alternative übrig. Um der Rechten die Stirn bieten zu können, um die soziale Frage ungeachtet des Konkordanzsystems ins Zentrum der politischen Arbeit stellen zu können, um Visionen entwickeln und bieten zu können, braucht es eine linke Opposition, die offen genug ist, um die Leute anzusprechen, die sich nicht mehr oder noch nicht angesprochen fühlen.



**Corinne Panchaud und Hanspeter Uster**

rosen Sparmassnahmen und Privatisierungsvorhaben wie im Moment für die Kehrichtverbrennungsanlage. Vor diesem Hintergrund ist am 17. Juni dieses Jahres *BastA* als Projekt ins Leben gerufen worden.

Für mich gibt es zwei Gründe, warum eine linke Opposition nötig ist: Wir leben in einer Zeit des harten Angriffs auf soziale Errungenschaften, eine Zeit, die unter dem Motto der Deregulierung, des Sozial- und Lohnabbaus steht, während die Miet- und Konsumpreise gleichbleiben. Durch Privatisierungen und sogenannte Sparmassnahmen soll der Staat redimensioniert und von seiner Aufgabe, einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessen schaffen zu müssen, abgelöst werden. Dadurch soll er auch des notwendigen Handlungsspielraums für die Erarbeitung eines Wirtschaftskonzepts beraubt werden. Demokratiebau ist das logische Resultat dieser Politik.

Angriffs nicht immer im klaren ist. Slogans wie "Weniger Staat, mehr Freiheit" stossen auch bei Teilen der Linken auf fruchtbaren Boden. Am deutlichsten wird dies, wenn es um den Beamtenstatus oder die Privatisierung staatlicher Betriebe geht.

Zweitens denke ich, dass das Potential für die Entwicklung gesellschaftlicher Visionen eigentlich vorhanden wäre. Die Linke ausserhalb der SP scheint aber, zumindest in der deutschen Schweiz, in ihrer "Clan- oder vielleicht Stammesgesellschaft" stecken geblieben zu sein. Wir müssen den Mut zu Visionen und neuen Formen finden, damit Begegnungen wieder möglich sind. Die Ausdifferenzierung in der linken Bewegung, wie sie Iwan Rickenbacher ausführte (s. MOMA 9-95), war nötig, um den verschiedenen Aspekten der politischen Inhalte Gewicht inner- und ausserhalb der Linken zu geben. Sie war teilweise

### **Perspektiven linker Opposition**

Die KollegInnen in der Romandie haben sich für den konstruktiven Weg entschieden, bei gleichzeitiger Wahrung der verschiedenen Identitäten. In der deutschen Schweiz scheinen die Personen sich und ihre Interessen zu sehr in den Vordergrund zu stellen. Für die Linke ist es ausserordentlich schwer, die nötige Erneuerung aus eigener Kraft und bei Wahrung der bisherigen Ausdifferenzierungen zu vollbringen. Es wird solange keine ernstzunehmende linke Opposition geben, bis dieser Erneuerungsprozess stattgefunden hat. Die Gründung von BastA! in Basel ist in diesem Sinne ein Projekt und ein Versuch, Schwerpunkte gemeinsam neu zu definieren und entsprechende Formen zu entwickeln.

*schaften ist noch nicht so weit gediehen, wie dies wünschenswert wäre."*

Eine Basis für diese Politik sieht Uster vor allem in den sozial Benachteiligten und finanziell Schwachgestellten.

### Soziale Angriffe abwehren

Gemeinsam war den Alternativen der engagierte Wille, die sozialen Errungenschaften gegen die bürgerlichen Angriffe zu erhalten und die VerliererInnen der neoliberalen Sozialabbau-Politik zu vertreten. Alle alternativen Gruppen verfügen über einen starken Gewerkschaftsflügel, dem die sozialen Fragen zentrale Anliegen alternativer Politik sind. Für Ursi Urech beispielsweise besteht die Aufgabe linksalternativer Politik darin, *"die Logik und die Dynamik des Wirtschaftssystems aufzuzeigen und deutlich zu machen, dass in diesem System der Profit Priorität hat und nicht die Bedürfnisse der Menschen"*. Laut Regula Rytz genügt eine starke Abwehrfront jedoch nicht. Nur neue Konzepte, die nach vorne weisen, könnten auch das Bisherige sichern.

### Feministische Politik

Gemeinsam ist allen, dass sie feministische Politik nicht als Anhängsel betrachten, sondern eine engagierte Frauenbeteiligung Kern des eigenen Politikverständnisses ausmacht. Der "schiele Blick" auf das herrschende System mit seinen Spielregeln einerseits, auf weiterführende Perspektiven andererseits ist laut Regula Rytz vom Grünen Bündnis Bern eine Erfahrung, die FeministInnen in alternative Politik einbringen können. Stella Jegher, Nationalratskandidatin der FrAP!, verlangt von feministischen Politikerinnen, "so radikal wie möglich und so pragmatisch wie nötig" zu sein, Bewegungspolitik in institutionelle Zusammenhänge einzubringen und institutionelle Politik in den Bewegungszusammenhängen transparent zu machen. Feministische Parlamentsarbeit müsse rückgebunden bleiben.

Einig waren sich alle anwesenden AlternativpolitikerInnen auch, dass sie die Diskussion um den gemeinsamen politischen Spielraum

## Das politische Vakuum füllen

Michel Ducommun, SolidaritéS Genf



Michel Ducommun und Jean Spielmann

Vor drei Jahren wurde von AktivistInnen verschiedener Bewegungen in Genf *SolidaritéS* gegründet, weil wir ein politisches Vakuum fühlten. Wir sahen, dass die traditionelle Linke, vor allem die SP, die Perspektive einer radikalen Umwandlung unserer Gesellschaft aufgegeben hat und eine Politik betreibt, die man unter dem Motto charakterisieren könnte "eine unmenschliche Gesellschaft etwas zu humanisieren". Innerhalb der Marktgesetze gibt es aber keine Lösung der Probleme und keine wirkliche Hoffnung. Mit ihrer Kompromisspolitik hat die SP auch die Politik der Mobilisierungen aufgegeben.

Zweitens glauben wir, dass ein radikaler Umbau der Gesellschaft zwar notwendig ist, wir aber nicht die dazu notwendigen Antworten auf

das Wie und das Wohin haben. Niemand kann heute behaupten, die Wahrheit zu besitzen und andere als Verräter bezeichnen. Das Sektierertum verliert damit seinen Boden. Der Erfolg von *SolidaritéS* verdankt sich der vertrauensvollen Zusammenarbeit von Menschen, die zuvor sehr verschiedene Wege gegangen sind.

Drittens ist es für linke Opposition notwendig, neue Politikformen zu finden. Ein Umbau der Gesellschaft kann nicht ohne die Menschen und ihre eigene engagierte Mitarbeit geschehen. Wir wollen nicht Politik machen, um die Interessen der Lohnabhängigen zu verteidigen, sondern eine Politik entwickeln, mit der die Lohnabhängigen sich selber verteidigen werden. Priorität hat für uns deshalb die Bewegungsarbeit, die Arbeit "sur le terrain".

für wichtig crachten – unabhängig von und über die Nationalratswahlen und allfällige Mandate hinaus. Die Teilnahme von zwei Vertretern aus der Romandie und der Gegenbesuch von DeutschschweizerInnen in Genf sind hier Schritte in Richtung gemeinsame Politik.

### Verschiedene Realitäten

Während aber das Grüne Bündnis Bern oder die Sozialistisch-Grüne

Alternative in Zug tatsächlich über politischen Einfluss verfügen und sich deshalb die politischen Fragen real stellen müssen, bleibt für Gruppen wie das Zürcher Linke Bündnis Politik eine Frage der Grundsätze. Wenn die BernerInnen mit der Rot-Grün-Mitte-Allianz bis hin zu EVP und LdU Machbares erreichen und gegen die rechtsbürgerlichen Kräfte durchsetzen wollen und können, zeigt dies ein pragmatisches Politikverständnis, das auf grund-

## KOMMENTAR

### Gemeinsame Konzepte fehlen

Die Diskussion der "linken Opposition" legte das Problem eines rot-grünen, alternativen Profils bloss: Abgrenzung nach rechts, gegen Neoliberalismus und SP-Modernismus, reicht nicht als politisches Programm. Das Beharren auf "ewigen Wahrheiten" mag Ewiggestrigen als Perspektive genügen; diese Sicht nach vorne in den Rückspiegel verhindert aber die Erarbeitung von Konzepten, die den veränderten Realitäten genügen. Die Mischung von rot, grün und lila ergibt noch keine eigene Farbe, wenn feministische, ökologische, antimilitaristische, internationalistische Ideen nicht zu einem Politikkonzept verarbeitet werden.

Die PdA fordert, im Namen der "guten Zusammenarbeit" soll ihre Stasi-Connection vergessen werden. Hier liegt das Politikverständnis von SP und PdA offensichtlich näher zusammen als dasjenige von PdA und Alternativen. Während wohl auch bei PdA und SP niemand auf die Idee kommen würde, mit den Schweizer Fichen-Fritzen oder Schmiergeld-Mafiosi zusammenzuarbeiten, soll eben dies der PdA als Sünde der Vergangenheit verziehen werden. Die Verdrängung dieser Vergangenheit führt aber kaum zu einer anderen Politik für die Zukunft.

Auch das defensive Politikverständnis der gewerkschaftlichen Linken verspricht kaum Aufbruchstimmung. Wenn es nicht gelingt, die neueren politischen Bewegungen und Sensibilitäten – von Armeeabschaffung über Flüchtlingsarbeit und Verkehrshalbierung bis zu Umweltprotesten angeführt von Greenpeace und WWF – in offene Projekte links der SP einzubeziehen, so bleiben linke Gruppierungen ideologische Konstrukte und Fossilien der 70er Jahre. Dass dieser Wandel nicht unmöglich ist, beweisen die alternativen Kräfte in Bern und Zug. Hoffen wir – auch im Interesse einer spannenden inhaltlichen Auseinandersetzung mit und in SP und Grünen –, dass das alternative Spektrum nach den Nationalratswahlen nicht nur die Resultate betrauert, sondern die inhaltliche Klärung weiterführt und gesellschaftliche Visionen entwickelt, die aus der verhockten Situation von gestern über die zum Teil verstaubten Vorstellungen von heute einen Weg für morgen aufzeigen können.

Roland Brunner

sätzliche und radikale Projekte zwar nicht verzichten will, diese aber oft dem Mehrheitsfähigen opfern muss. Als beispielsweise im Rahmen der Sparoffensive die kantonalen Ehe-Zulagen des Staatspersonals gestrichen werden sollten, verfielen traditionelle GewerkschafterInnen und die SP in die Verteidigungshaltung des Lohnbestandteils Ehe-Zulage. Für das Grüne Bündnis war diese Ehe-Zulage jedoch nicht sehr verteidigungswürdig, da sie diskriminierend ist für Leute, die nicht heiraten wollen oder können wie Schwule und Lesben. Auf Vorschlag von GB und VPOD hin konnte die Ehe-Zulage dann mit geringen finanziellen Abstrichen in sozialpolitisch viel sinnvollere, zivilstandsunabhängige Kinder-Zulagen umgewandelt werden. Ähnliche Erfolge kann die SGA aufweisen, z.B. gegen die Machenschaften auf dem Finanzplatz Zug und die Verwicklung von bürgerlichen Politikern in illegale Geschäfte.

Demgegenüber ist die verbale Radikalität kleinerer und neuerer Gruppierungen weit davon entfernt, Mehrheiten finden zu können. Ursi Urech sprach denn auch von 20 oder 50 Jahren, die die Linke wohl noch in der Minderheit sein werde. Ziel könne es höchstens sein, eine starke Kraft aufzubauen, um Druck zu machen. Über Mehrheiten zu diskutieren sei aber fantastisch.

### Linke Fraktion im Nationalrat?

Jean Spielmann, PdA-Generalsekretär und Nationalrat, kritisierte die Alternativen, dass sie nach den letzten Nationalratswahlen nicht Hand boten für eine linke Fraktion im Nationalrat, sondern sich nach den Wahlen entweder der SP oder den Grünen anschlossen. Stella Jegher betonte, dass die Prioritäten der FraP! klar bei einer feministischen Frauenfraktion im Nationalrat liegen. Auch wenn sich die Frauen der FraP! als Linke verstünden, so sei doch eine eigenständige Frauenfraktion wichtiger als eine linke Fraktion. Feministische Solidarität über die Fraktionen hinaus sei zudem einfacher als diejenige mit linken Männern.

Auch Corinne Panchaud sieht bei den feministischen Sensibilitäten

einen wichtigen Streitpunkt mit der PdA. Andererseits betonte sie die Notwendigkeit, über die Frauengruppen hinaus feministische Politik in gemischten Zusammenhängen zu verankern. Jean Spillmann hielt dagegen, dass es der PdA mit ihrer Öffnung und einer neuen Politik gelungen sei, zur stärksten linken Kraft in Genf zu werden: *"Wir haben gezeigt, dass eine kämpferische Linke ohne Konzessionen die Leute hinter sich bringt und effektiv in die Politik eingreifen kann."*

### Die "PdA-Frage"

Regula Rytz und Hanspeter Uster legten mehr Gewicht auf die politischen Differenzen zwischen den alternativen Kräften und der PdA bezüglich Stil und Inhalte. Gemeinsame Politik erfordere gemeinsame politische Konzepte. Solange die PdA sich nicht von ihrer Vergangenheit abwende, werde sie die Wende hin zu den heutigen politischen Bewegungen und zu den Kräften, die sich als Ausdruck dieser neuen sozialen Bewegungen verstehen, nicht schaffen. Diese Aussage veranlasste Koni Loepfe in der Zürcher SP-Zeitung DAZ (13.10.), Uster eine "merkwürdige Rolle" zuzuschreiben: *"Nachdem er der SP zunächst wider besseres Wissen unterstellt hatte, sie sei für die Zwangsmassnahmen gewesen, kramte er gegen die PdA alte Stasi- und Stalinismus-Geschichten hervor. Bevor diese Vergangenheit nicht bewältigt sei (in Form eines öffentlichen Knieens?), komme für ihn eine Zusammenarbeit mit der PdA kaum in Frage."*

Auch Walter Angst bezeichnet im PdA-Blatt *Vorwärts* die Diskussion um die "PdA-Frage" als *"Verhinderungspolitik, die das Klima schon vor vier Jahren vergiftete"*. Für Loepfe und Angst ist Geschichtslosigkeit der bessere Zukunftsträger als Geschichtsaufarbeitung. Ob aber eine Zukunft hat, wer nichts aus der Vergangenheit lernt? Auch wenn inhaltliche Gemeinsamkeiten vorhanden sind, bleibt das Politikverständnis eine inhaltliche Frage mit organisatorischen Konsequenzen. ■